

# Kann Israel eine wirkliche Demokratie werden ?

Israel ist bekannt als die einzige Demokratie im Nahen Osten. Dabei wird außer acht gelassen, dass im Januar 2006 in den palästinensischen Autonomiegebieten eine Wahl stattgefunden hat, die von allen internationalen Beobachtern als frei, geheim und fair bezeichnet wurde. Israel ist also nicht die einzige Demokratie im Nahen Osten. Darüberhinaus muß man sich fragen, ob Israel die Standards, die es ihm erlaubt, sich als Demokratie zu bezeichnen erfüllt.

Um eine Demokratie zu sein muß u.a. folgendes gelten:

1. Offene und transparente Wahlen, in denen alle Teile einer Gesellschaft partizipieren können
2. Alle Bürger genießen dieselben Rechte
3. Gleicher Standard in Schulen und Bildungseinrichtungen für alle Kinder
4. Gleicher Zugang zu sozialer Fürsorge für alle Bürger
5. Bürger sollten das Recht haben Eigentum zu kaufen und zu verkaufen, Eigentum sollte nicht vom Staat enteignet werden
6. Kein Staat darf ethnische Säuberung innerhalb und außerhalb seiner Grenzen betreiben
7. Eine moderne Demokratie muß sich an UN-Resolutionen halten und in Kriegszeiten auch an die Genfer Konvention

All diesen aufgezählten Standards wird Israel nicht gerecht!

In der israelischen Unabhängigkeitserklärung von 1948 heißt es "... Er (d. Staat Israel) wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen". Heute sind rund 20% der israelischen Bürger Araber – volle Bürgerrechte genießen sie nicht.

## 1. Repräsentation im Parlament

In der Knesset, dem israelischen Parlament sitzen derzeit 13 arabische Vertreter. Acht von ihnen wurden schon

mehrmals während der Teilnahme an Demonstrationen von Polizei und Militär krankenhaushausreif geprügelt. Kein einziger jüdischer Parlamentsabgeordneter erfuhr je eine solche Behandlung obwohl es in der Vergangenheit zahlreiche Zusammenstöße zwischen Polizei und rechten Gruppen gegeben hat. Das führende arabische Parlamentsmitglied Dr. Azmi Bishara wurde mehrmals wegen seiner Ansichten zur Gleichberechtigung vom israelischen Geheimdienst Shabak bedroht. Seine Partei, die progressive Liste für Frieden (Balad) wurde von der Wahlkommission verboten, bis das höchste Gericht im letzten Moment vor den Wahlen das Verbot wieder aufhob. Nach neuerlichen Morddrohungen und Anschuldigungen des Verrats, legte er während einer Auslandsreise nach Kairo sein Mandat in der Knesset nieder. Er sieht im Moment noch keine Möglichkeit zur Rückkehr nach Israel und wird sich vorerst in Ägypten aufhalten.

## 2. Gleiche Rechte vor dem Gesetz

Gemäß einer Studie die die Universität von Haifa im Jahr 2003 durchführen ließ, erhalten arabische Bürger längere Gefängnisstrafen für gleichartige Verbrechen wie jüdische Bürger und werden öfters wegen Mordes verurteilt und haben wesentlich schlechtere Chancen auf Kautionsentlassung zu werden.

Hält sich ein arabischer Bürger mehr als ein Jahr außerhalb Israels auf, wird ihm der Pass entzogen und er verliert seine Staatsangehörigkeit! Andererseits hat jede/r der behauptet jüdischen Glaubens zu sein automatisch das unveräußerliche Recht israelischer Staatsbürger zu werden.

## 3. Ausbildungsstandards

Die israelische Regierung gibt jährlich ca. 140 EUR für einen arabischen Studenten aus, für einen jüdischen Studenten ca. 800 EUR (Teh follow-Up Committee for Arab Education).

2001 gab Human Rights Watch einen Report heraus nachdem "... staatliche, arabische Schulen in ihrer Qualität um Welten von staatlichen, jüdischen Schulen unterschei-

den". Demnach erhalten palästinensisch-israelische Schüler eine sehr viel schlechtere Ausbildung als ihre jüdisch-israelischen Kameraden. Dass sie schlechter abschneiden verwundert daher nicht. Der Report fand offensichtliche Unterschiede in fast jedem Aspekt des Schulsystems.

#### 4. Soziales

Eine von fünf arabischen Familien in Israel lebt unterhalb der Armutsgrenze. 53% aller armen Familien in Israel sind arabische Familien. Von 40 israelischen Städten mit der höchsten Arbeitslosenquote sind 36 arabische Städte. Löhne und Gehälter arabischer Bürger sind durchschnittlich 29% niedriger als Löhne und Gehälter jüdischer Bürger.

Im Jahr 2003 lag die Kindersterblichkeitsrate im arabischen Sektor mit 8,4/pro 1000 mehr als doppelt so hoch wie unter der jüdischen Bevölkerung (3,6/pro 1000) - siehe New York Times, April 2007.

Die von der israelischen Regierung 2003 beauftragte Orr-Kommission kam zu dem Ergebnis, dass "... die Art und Weise wie die Regierung den arabischen Sektor behandelt, von Grund auf vernachlässigend und diskriminierend ist", dass die Regierung "... keine ausreichende Sensibilität für die Bedürfnisse der arabischen Bevölkerung zeigt und nicht genügend dahingehend unternimmt, die zur Verfügung gestellten Mittel gleichmäßig einzusetzen". Im Ergebnis "... herrscht eine ernst zu nehmende Notlage, wie Armut, Arbeitslosigkeit, Mangel an Land, Mängel im Schulsystem, und Mängel in der Wartung und Bereitstellung von Infrastruktur im arabischen Sektor".

#### 5. Eigentumsrechte

Dem israelischen Staat und seinen Vertretern (z. B. Jewish National Fund) gehören 93% allen Bodens\*.

Israel hat in den letzten Jahrzehnten über 100,000 Hektar arabischen Landes enteignet und verstaatlicht. Hierfür dient z.B. das Abwesenheitsgesetz von 1950, das es dem Staat erlaubt Land von denjenigen zu enteignen, die vertrieben wurden. Andere Methoden um Enteignungen vorzunehmen sind z.B. das Ausnahmezustandsgesetz aus osmanischer Zeit, wonach ein Gebiet zur militärische Zone erklärt werden kann. Das Land kann dann nicht mehr bestellt werden und fällt nach einer gewissen Zeit dem Staat zu.

#### 6. Ethnische Säuberung

Während Israels erstem Krieg 1948 mit dem es das von den Vereinten Nationen zugesprochene Territorium verdoppelte, wurden eine dreiviertel Million Palästinenser vertrieben. Bis heute wird ihnen und ihren Nachkommen (inzwischen 5,8 Mio) das Recht auf Rückkehr aus der Diaspora verweigert. Viele leben in Flüchtlingslagern im Libanon, Syrien und anderen arabischen Ländern. Alle israelischen Regierungen haben sich bisher geweigert dieses Problem zu diskutieren.

#### 7. Völkerrecht, Besatzung und Landraub

Seit der Schaffung der Vereinten Nationen, hat Israel mehr als 60 UN-Resolutionen ignoriert. Besonders abstoßend ist die Tatsache, dass Israel seit der Besetzung des Westjordanlandes, Ostjerusalems und der Golanhöhen im Jahr 1967 diese Gebiete völkerrechtswidrig besiedelt hat und vor einigen Jahren damit begonnen hat eine gewaltige Mauer zu errichten, die zu mehr als 90% im Westjordanland verläuft. Im Jahr 2004 wurde diese Mauer, die oft ein Höhe von 8m hat, vom internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt und Israel wurde zum Abriss aufgefordert. Selbstredend wird auch dies von der israelischen Regierung ignoriert.

Darüberhinaus mißachtet Israel die Genfer Konvention, z.B. im Hinblick auf die Behandlung von Gefangenen und das Wohlergehen von Menschen die unter Besatzung leben.

Dank uneingeschränkter Unterstützung hauptsächlich von Seiten der USA hat Israel keinerlei Konsequenzen für sein Handeln zu befürchten.

#### Fazit:

Solange Israel ein Staat ist, der einem Teil seiner Bürger Rechte einräumt, die es dem anderen Teil verweigert, Land besetzt hält, völkerrechtswidrig Mauern, Straßensperren und Siedlungen baut und ein System der Unterdrückung, Ungerechtigkeit, der Willkür und des Landraubs beibehält, kann es keine Demokratie sein.

Wir fordern die deutsche Regierung und die Regierungen der europäischen Union auf darauf hinzuwirken, dass der Maßstab des Völkerrechts und der Gleichberechtigung angewandt und damit der Demokratie für alle Bürger zum Durchbruch verholfen wird.

\*Quelle: Offizielle Website der israel. Landadministration > [www.mmi.gov.il](http://www.mmi.gov.il)

V.i.S.d.P: I.Portman - Palästina-Komitee Stuttgart, Rosengartenstr. 80, 70184 Stuttgart, Website > [senderfreiespalaestina.de](http://senderfreiespalaestina.de)